

## **Anette Langner zu TOP 33 „Ausbildungsstellenmarkt“**

Anrede!

Ich danke dem Minister und seinen Mitarbeitern für den vorliegenden Bericht, der nach meiner Einschätzung ein sehr differenziertes Bild der Ausbildungsplatzsituation in Schleswig-Holstein zeigt:

Mit einer zunehmenden Zahl an Bewerbern aus den Vorjahren und aus berufsvorbereitenden Maßnahmen ist die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen auch bei leicht rückläufigen Schulabgängerzahlen in diesem Jahr nach wie vor sehr hoch.

Auch wenn die Relation zwischen gemeldeten Bewerbern und gemeldeten Ausbildungsstellen in Schleswig-Holstein im Bundesvergleich gut ist – das ist ein Erfolg des Bündnisses für Ausbildung -, gibt es nach wie vor zu viele Jugendliche die keinen Ausbildungsplatz.

Wir stehen also nach wie vor in der Verantwortung alles dafür zu tun, um jungen Menschen in Schleswig-Holstein einen guten Start ins Berufsleben zu ermöglichen.

Bei einem zunehmenden Bedarf an Fachkräften gibt es, glaube ich, keinen Zweifel daran, dass die Wirtschaft – also Unternehmen und Betriebe – in erster Linie in der Verpflichtung sind, auszubilden und für ihren Fachkräftenachwuchs selbst zu sorgen. Deshalb betrachte ich die Entwicklung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse seit 2006 durchaus mit Sorge. In 2006 hatten wir einen Zuwachs von 6,9%, 2007 von sogar 7,5%, für 2008 stellt sich nur noch ein Plus von 1,3% dar.

Wenn ich positiv unterstelle, dass die von den Kammern und Verbänden immer wieder betonte Ausbildungsbereitschaft der Betriebe nach wie vor gut ist, könnte eine Begründung für den Rückgang sein, dass Betriebe Ausbildungsstellen anbieten, dafür aber keine geeigneten Bewerberinnen und Bewerber finden.

Bedenkenswert sind dabei allerdings die Zahlen über die Qualifikationsstruktur der bislang unversorgten Jugendlichen. Denn offensichtlich haben wir mitnichten ein ausschließliches Hauptschulabgängerproblem, sondern immerhin 51% der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz haben einen Realschulabschluss oder die Fachhochschul- oder Hochschulreife.

Dem in dem Bericht angesprochenen Widerspruch von angebotenen Ausbildungsstellen und den Wünschen von Bewerbern muss man in diesem Zusammenhang dringend mit besseren Beratungsangeboten und neuen Formen der Berufsorientierung begegnen.

Gerade für den ländlichen Raum spielt dabei das Problem der Mobilität eine große Rolle und muss mit Lösungsangeboten Bestandteil der Berufsberatung sein.

Die von Betrieben und Unternehmen immer wieder beklagte mangelnde Ausbildungsfähigkeit von Schulabgängern ist ein weiteres Problemfeld, für das wir in Verantwortung stehen.

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Botschaft an junge Menschen in diesem Lande kann natürlich nicht sein:

wir können euch nicht gebrauchen, weil ihr unsere Anforderungen nicht erfüllt, sondern muss im Gegenteil sein:

jeder junge Mensch in diesem Land ist wertvoll und wird dringend gebraucht, damit wir auch in Zukunft ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte haben!

Deshalb begrüße ich außerordentlich alle in dem Bericht genannten vielfältigen Maßnahmen und Förderprogramme der Landesregierung, die das Ziel haben, Jugendliche besser auf die Anforderungen einer Ausbildung vorzubereiten und den Übergang von Schule zur Arbeitswelt zu erleichtern.

Da die Landesprogramme oftmals nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein können und der Bedarf immer größer ist, als die finanziellen Möglichkeiten, wäre es meiner Ansicht nach wünschenswert, mit der Bundesagentur für Arbeit und den ARGE n über eine stärkere Beteiligung an präventiven Projekten ins Gespräch zu kommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Bericht gibt noch vieles her, über das es sich lohnt ausführlich zu diskutieren. Deshalb beantrage ich Überweisung in den Wirtschaftsausschuss.

Und für die Nachvermittlungsaktion gilt es jetzt im Bündnis für Ausbildung noch einmal alle Kräfte zu bündeln, damit wir noch möglichst vielen bisher unversorgten Jugendlichen ein Angebot machen können.